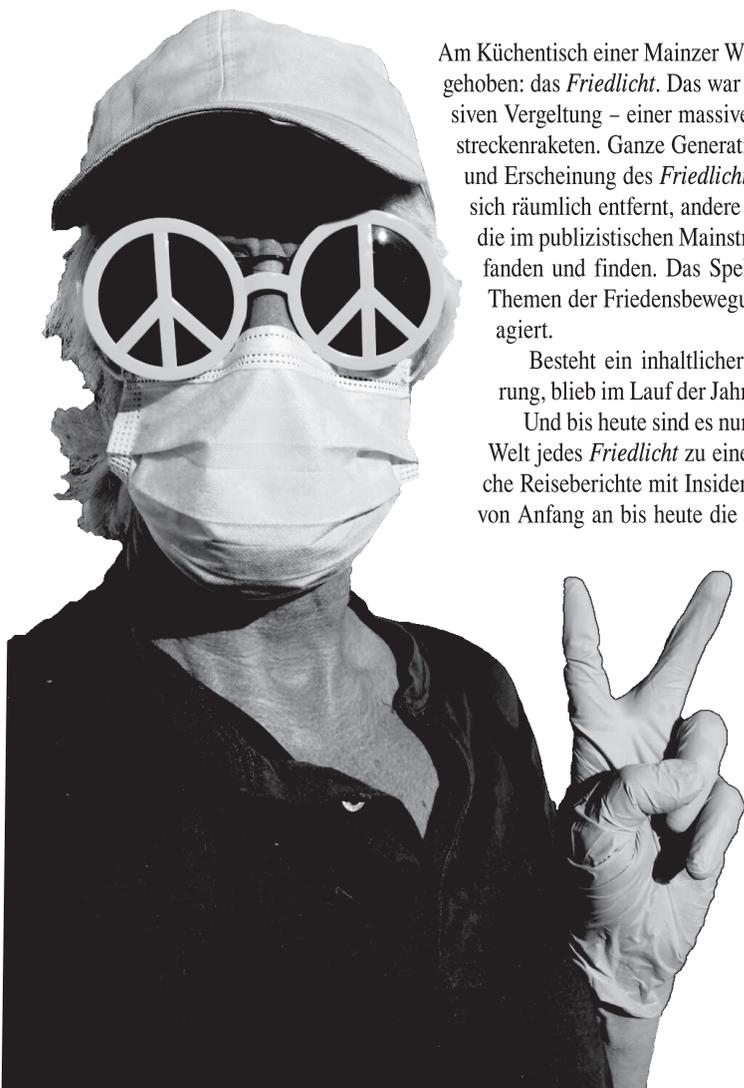


## Nicht zu fassen: 40 Jahre *friedlicht*!



Am Küchentisch einer Mainzer WG wurde es von einer Handvoll jugendlicher Enthusiast:innen aus der Taufe gehoben: das *Friedlicht*. Das war 1981, auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges, mit seiner Strategie der massiven Vergeltung – einer massiven Bedrohung Europas und der ganzen Welt nicht nur mit atomaren Mittelstreckenraketen. Ganze Generationen von DFG-VK-Mitgliedern und Gastautor:innen haben seitdem Inhalt und Erscheinung des *Friedlichts* geprägt, manche vorübergehend, andere über viele Jahre. Manche haben sich räumlich entfernt, andere politisch – oder beides. Sie alle behandelten dabei immer wieder Themen, die im publizistischen Mainstream oder auch innerhalb der Friedensbewegung nicht genügend Beachtung fanden und finden. Das Spektrum spannt sich von lokalen und regionalen bis zu den weltpolitischen Themen der Friedensbewegung, die ja aus der Natur der Sache heraus schon immer auch transnational agiert.

Besteht ein inhaltlicher Schwerpunkt in der weltweiten Unterstützung der Kriegsdienstverweigerung, blieb im Lauf der Jahre aber auch praktisch kein Feld der Friedensarbeit unbeackert.

Und bis heute sind es nur eine Handvoll Aktivist:innen, die mit ihrem persönlichen Blick auf die Welt jedes *Friedlicht* zu einem friedensbewegten Kaleidoskop machen. Von der Glosse über anschauliche Reiseberichte mit Insiderinformationen aus erster Hand bis zur kompetenten Analyse ergänzen sich von Anfang an bis heute die unterschiedlichsten Formate. Und für die eher sportliche Art der Wissensvermittlung steht das anspruchs- und friedenspolitisch gehaltvolle Kreuzworträtsel.

Waren es in der technischen Umsetzung noch lange Schreibmaschine, Rubbelbuchstaben (wer kennt die noch?), Klebestift und liebevoll von Hand zerschnippte Textspalten, die die temporären Redaktionsräume in eine pittoreske Landschaft aus Papier und Keksen verwandelten, stehen heute die digital vernetzten Laptops im Schatten immer noch derselben altherwürdigen Teekanne – und, zu fortgeschrittener Stunde, nicht selten der Weingläser. Eine Konstante besteht durch alle Wandlungen hindurch auch in der heute schon fast exotischen Praxis, alle Texte so gründlich Korrektur zu lesen, dass das *Friedlicht* nahezu frei von Druckfehlern erscheint.

Einen wesentlichen Fortschritt stellte 2007 der Wechsel vom „klassischen“ Klebeumbruch zum Einsatz eines professionellen Layoutprogramms dar, dem eine schrittweise Entwicklung des Erscheinungsbildes auf dem Fuße folgte. Übrigens mussten die *Friedlicht*-Macher:innen nicht erst im Lockdown nach Möglichkeiten der kontaktlosen Zusammenarbeit suchen: Seit etlichen Jahren bereits finden wesentliche Prozesse der virtuellen *Friedlicht*-Redaktionsarbeit in einem Pad im Internet statt. Natürlich ebenfalls am Küchentisch.

40 Jahre *Friedlicht*, wer hätte das gedacht? Wir gratulieren uns.

RS

## Corona in Kriegs- und Krisengebieten

### Und was macht eigentlich die Friedensbewegung in Zeiten einer Pandemie?

Eine Kolumne von Tina Gewehr

Du hältst ein *Friedlicht* in der Hand. Ich wünschte, ich hätte es Dir überreicht. Vielleicht ist ja auch schon Herbst 2021 und es war wirklich so. Vielleicht aber hast Du es tatsächlich beim Ostermarsch bekommen. Während ich diese Zeilen schreibe (im Januar 2021), weiß

kein Mensch, was an Ostern sein mag.

Die Pandemie, und eben das macht eine Pandemie aus, betrifft uns alle, weltweit, mehr oder minder schwer.

Also was macht nun die Friedensbewegung in Zeiten der Pandemie? In gewisser Weise tut

sie so, als sei nichts. Wir konferieren (nur jetzt halt per Video-Schalte), wir halten Mahnwachen ab, wie im Dezember zum Tod von Erwin Tinz, wir organisieren Demonstrationen, „auch, wenn sie – sorry – manchmal eher wie Karikaturen von Demonstrationen aussahen“, wie

2 Cornelia Mannewitz, aktives Mitglied der DFG-VK Mecklenburg-Vorpommern, vor kurzem in der ZivilCourage, der Verbandszeitschrift der DFG-VK schrieb.

Der Mainz-Wiesbadener Ostermarsch 2020 fand „virtuell“ statt, habt Ihr die Bilder gesehen? Und ja, das machen wir, wir sind kreativ, wir schreiben und reden gegen Kriege und ihre Ursachen an. Wir unterstützen die, die sich wegen ihrer Einstellung gegen Kriege verhaften und einsperren lassen müssen, wie Ruslan Kotsaba in der Ukraine, dessen Prozess wir am 21. und 22. Januar mit Mahnwachen und Reden in Mainz und Berlin begleiteten und medial aufarbeiteten.

Und überhaupt, Medien: Einige benutzen das Radio als Sprachrohr, andere ihren YouTube-Channel. Wir füllen unsere Homepages mit unseren Aktionen und ja, auch Grußkarten, die wir an die Gefangenen für den Frieden im Dezember schrieben, sind ein Medium.

Wir haben eines der besten Gesundheitssysteme der Welt und trotzdem lief zu Beginn der Pandemie so einiges falsch. Nutzen Mund-Nase-Masken etwas oder nicht? Und wenn ja, was taugen die, oft in solidarischer Zusammenarbeit genähten, Stofflappen? Schulen und Kitas auf oder zu? Richtig gute Hygienekonzepte in der Gastronomie, oder doch besser gar nicht Essen gehen? ...

Und was macht das alles mit unseren Grundrechten fragt sich „Rechts“ und „Links“?

Ist so ein Stück Stoff vor dem Gesicht tatsächlich eine Grundrechtseinschränkung? Ich glaube nicht!

Was aber ist mit Demonstrationseinschränkungen oder uneinhaltbaren Auflagen? Und hier meine ich nicht die Nichteinhaltung von banalen Hygieneregeln, sondern die bisweilen willkürlich anmutende Begrenzung der Teilnehmer:innenzahl.

Was ist mit Drohnenüberflügen über Parks? Was hat es mit dieser merkwürdigen Besuchsregelung auf sich? Ich darf kurz zu Nachbarn rüberschauen, aber Nachbarn nicht zu mir?

Warum dürfen Menschen nicht zur Beerdigung ihrer eigenen Mutter, die sie monatelang vorher schon nicht mehr sehen durften?

Warum nehmen wir Einschränkungen verfassungsrechtlich verbriefter Rechte auf Versammlungsfreiheit, Demonstrationsfreiheit und auf die freie Wahl des Aufenthaltsortes in Kauf? Der Verfassungsrechtler Christoph Möllers sagt hierzu, dass dies möglich sei, weil es in Deutschland stattfindet. Es sei „unsere obrigkeitstaatliche Tradition, die sich hier offenbart: zu meinen, der Staat sei jemand anderes“.

Ich kann diese Sicht auf die Dinge nicht teilen. Es steht jedem frei, gegen verfassungsrechtlich bedenkliche Maßnahmen zu klagen. Ich persönlich bin Teil dieser Gemeinschaft,

und fühle mich der Gemeinschaft verpflichtet. Ich denke, dass es zur Zeit einfach gegeben ist, auf bestimmte, nicht lebensnotwendige Rechte, zu verzichten. Das heißt nicht, dass ich unachtsam bin.

Ein Ziel der DFG-VK ist es, u.a. die Auflösung der Bundeswehr voranzutreiben. Und Schwupps, haben wir allerorten „Einsätze der



Mit freundlichem Dank für die Überlassung an Klaus Stüttmann

Bundeswehr im Inneren“. Steht dazu nicht auch etwas in unserer Verfassung?

Die IMI (Informationsstelle Militarisation) schreibt dazu:

„Der größte Einsatz der Bundeswehr findet aktuell nicht in Afghanistan oder in Mali, mit jeweils über 1.000 Soldat\*innen, sondern in Deutschland statt. In gewohnt reißerischem Tonfall berichtete die Bildzeitung bereits von der 'Corona-Front' der Bundeswehr und die FAZ vom 'Kampfeinsatz gegen das Virus'.“

Wir alle erinnern uns wahrscheinlich noch an die Bilder sandsackschleppender Soldat:innen bei den großen Hochwasserkatastrophen an der Elbe 2002 und 2013.

Damals wie heute rückt so die Bundeswehr als Positivbeispiel ins Bewusstsein „der Bevölkerung“. Impfzentren und Behelfskrankenhäuser werden aus dem Boden gestampft. Soldat:innen helfen in oder übernehmen die Corona-Verwaltungen in Gesundheitsämtern. Sanis der Bundeswehr testen reihenweise auf Sars-Cov-2, sortieren und speichern die Daten und ausgebildete Militärärzte wetzen die Spritzen zur Impfung.

Ich war ehrlich gesagt erbost darüber, dass neben uns am Tisch wohl Dagobert und Daisy Duck saßen, die gemütlich gegessen haben, als dies im Sommer 2020 noch möglich war. Ich hielt die Kontaktformulare, wenn auch nicht für alle Gäste einsehbar, für ein gutes Mittel der Kontaktverfolgung. Aber, was bitte haben meine Daten in den Händen der Bundeswehr und seien es auch nur einzelner Soldat:innen zu suchen?

Warum in dieser rechtlichen Grauzone gehandelt wird, hat die IMI folgendermaßen zusammengefasst:

„Im Gegensatz zur Entsendung von Verwal-

tungsangestellten, Lehrkräften, Polizei- und Finanzbeam\*innen der Länder können Soldat\*innen unkompliziert und schnell, per Befehl, einsatzverpflichtet werden. Zudem reißt die Abwesenheit dieser Soldat\*innen von ihrem eigentlichen Job nicht unmittelbar Löcher in die Umsetzung anderer staatlicher Aufgaben. Für die Länder ist der Einsatz von Soldat\*innen zudem attraktiv, weil sie, im Gegensatz zu eigenem Personal oder Angehörigen des Katastrophenschutzes, bisher keine Lohnkosten zahlen müssen.“

Schrieb ich nicht weiter oben, wir hätten eines der besten Gesundheitssysteme der Welt? Diese Pandemie, zu dieser Zeit, konnte niemand voraussehen, Konzepte und Pläne und zwar solche die nicht grundgesetzwidrig sind, hätte es trotzdem fertig in diversen Schubladen geben müssen. Ein Gesundheits- und Pflegesystem, das weitestgehend privatisiert wurde, das durch Einsparungen bei Personal und angemessenen Löhnen auf der einen Seite und durch die hohen Erlöse für die Großkonzerne des Gesundheitswesens auf der anderen Seite hervorsteht, soll und darf es m.E. nach dieser Pandemie nicht mehr geben. Die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt.

Weniger hoffnungsfroh schaue ich auf die Kriegs- und Krisengebiete dieser Welt, die, so scheint es mir, in dieser pandemischen Zeit völlig in den Hintergrund treten und in Vergessenheit zu geraten drohen.

In den vergangenen Tagen (ich schreibe dies Mitte Januar 2021), las ich in diversen Medien über die Flusspferde des ehemaligen Drogenbarons und Exzentrikers Pablo Escobar. Völlig alleine gelassen, vermehren sie sich prächtig. Einerseits könnten sie ein Touristenmagnet sein, andererseits sind sie lebensgefährlich. Was also tun? Erschießen? – Da seien die Tiereschützer:innen vor. Einfangen und kastrieren? – Zu gefährlich und zu teuer. Allein im Forum von spiegel.de gibt es bislang 194 Kommentare zu dem Thema. Hat Kolumbien keine anderen Sorgen?

Unabhängig von den hohen Infektions- und Todeszahlen zeichnet sich schon seit spätestens 2019 ab, dass der Frieden im Land mehr als trügerisch ist. Die Guerrilla-Organisation Nationale Befreiungsarmee (Ejército de Liberación Nacional, ELN), nutzt laut einer Studie der TU Braunschweig die Pandemie gezielt dazu aus, um durch das Versagen der Regierung bei der Bekämpfung der Krise an Aufmerksamkeit zu gewinnen. Während die ELN einen Waffenstillstand aus humanitären Gründen vom 30. März bis zum 1. Mai 2020 einhielt, dem die Regierung nie zugestimmt hatte, stellten auch die Regierungstruppen, wohl eher zur Scho-

nung von Ressourcen, auch ihrerseits die Kampfhandlungen weitestgehend ein. Die ELN nutzte und nutzt die Zeit, um vor allem Menschen, die durch die Pandemie ihr Einkommen verloren haben, für sich zu rekrutieren. Ähnliches geschieht, so Tobias Ide vom Institut für Internationale Beziehungen der TU Braunschweig, in Afghanistan. In dem Versuch einer Analyse („Covid 19 and Armed Conflict“ – Covid 19 und bewaffneter Konflikt), wie und warum sich Kampfhandlungen durch die Pandemie verändert haben, stellt er aber auch heraus, dass viele Taliban-Kämpfer schlicht und ergreifend an Covid erkrankt sind, wohingegen auch hier die Gegenseite alles dafür tut, Ressourcen zu sparen, um die Bevölkerung irgendwie durch die Pandemie zu bringen.

Dass dies zu einem generellen Ende der

Konflikte führen könnte, davon geht Ide jedoch nicht aus, was z.B. die verstärkte Rekrutierung neuer Kämpfer:innen der ELN zeige. Wer obigen, englischsprachigen und 20-seitigen Artikel nicht lesen möchte oder kann, in dem Ide weiterhin über Jemen, Indien, Pakistan, die Philippinen, Thailand, Libyen und Irak schreibt, findet auch eine deutschsprachige Zusammenfassung auf Telepolis mit dem Titel: „Erst Corona, dann der Krieg“. (Alle URLs und Quellenangaben, findet ihr wie immer auf unserer Homepage.)

Bislang schrieb ich aber nur über die Auswirkungen der Kriegshandlungen auf die Soldat:innen und Kämpfer:innen. Was aber macht die Pandemie mit den nicht an den Kriegshandlungen beteiligten Menschen? Wie lebt es sich in z.T. schon seit Jahren von Kriegen und Kri-

sen geschüttelten Gebieten dieser Erde?

Ich denke, die Frage erübrigt sich. Ohne Dach über dem Kopf, in zerbombten Häusern, ohne sauberes Wasser, ohne jegliche Infrastruktur und medizinische Versorgung hat das Virus leichtes Spiel. Was bleibt, ist für die, die es noch können, die Flucht. Aber fliehen wohin?

Ich denke, die Bilder aus Griechenland, der Türkei oder aus Bosnien haben sich in unsere Hirne gebrannt. Spenden ist das eine, das andere ist eben auch das, wofür wir als Mitglieder der DFG-VK eintreten:

Wir sind der Meinung, dass der Krieg ein Verbrechen an der Menschheit ist. Und sind daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.

## Prozesse wegen Aktionen gegen Atomwaffen

„Beherbergungsverbot für Atomwaffen!“ fordert Ariane Detloff (DFG -VK Köln). Sie hatte sich im April 2019 an einem Go-In in den Atomwaffenstandort Büchel (Eifel) beteiligt und ist wegen „Hausfriedensbruchs“ angeklagt. Ariane Detloffs Verteidigungsrede gegen den Vorwurf des „Hausfriedensbruchs“ am Standort der US-Atomwaffen beim Jagdgeschwader 33 wird mit folgenden Sätzen beginnen:

„Am 22. Januar feierten wir das Inkrafttreten des Atomwaffenverbotsvertrags der Vereinten Nationen. Der Abzug der Atomwaffen aus Büchel sollte eine Konsequenz daraus sein. Aber unsere Regierung weigert sich weiterhin, dem Vertrag beizutreten, und die Justiz verfolgt weiterhin Aktivist\*innen wie mich mit Strafvollstreckungen wegen gewaltfreien Widerstands gegen die Atomkriegsübungen in Büchel.“

Marion Küpker, Internationale Koordinatorin der DFG-VK gegen Atomwaffen, ist wegen einer Aktion am Atomwaffenstützpunkt Büchel im Juni 2019 angeklagt, wegen angeblichen „Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte“.

- Prozess mit Ariane Detloff:  
Montag, 12. April 2021, 8:30 Uhr
- Prozess mit Marion Küpker:  
Montag, 3. Mai 2021, 10:25 Uhr

Jeweils im Amtsgericht Cochem, Ravenstr. 39, Saal 100. Mahnwache vor dem Gerichtsgebäude jeweils eine Stunde zuvor.

Mit gewaltfreien direkten Aktionen am Atomwaffenstandort Büchel leisten immer wieder Menschen Widerstand gegen Atomwaffen und werden regelmäßig dafür vor Gericht gestellt. Die Prozesse finden im Amtsgericht Cochem oder im Landgericht Koblenz statt.

Prozesstermine: [www.dfg-vk-rlp.de](http://www.dfg-vk-rlp.de)

**Neu in der Reihe IDK-Texte zur Gewaltfreiheit**

**1921 100 JAHRE  
2021 WAR  
RESISTERS  
INTERNATIONAL**

100 Jahre War Resisters' International

**Widerstand  
gegen den Krieg**

Beiträge zur Geschichte des gewaltfreien Antimilitarismus und Pazifismus  
Herausgegeben von Wolfram Beyer



**ISBN 978-3-9816536-7-0**  
56 Seiten — 5,80 EUR (zuzgl. Versand)  
Zu bestellen im Buchhandel oder im IDK-Shop  
[www.idk-info.net](http://www.idk-info.net)

**Beiträge zur  
Geschichte des  
Antimilitarismus  
und gewaltfreien  
Pazifismus**

**Herausgegeben  
von Wolfram Beyer**

**Autor\*innen:**

Gernot Jochheim,  
Wolfgang Hertle,  
Gernot Lennert,  
Christian Scharnefsky  
Christine Schweitzer

## Anerkennung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung in der Türkei!

**Schluss mit der Verfolgung und dem "Zivilen Tod"!**

**Aktion zum Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung**

**Samstag, 15. Mai 2021**

**Frankfurt/M., Hauptwache, 12 Uhr**

Kriegsdienstverweigerern in der Türkei wird nach wie vor das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung vorenthalten. Sie müssen bei jeder Straßenkontrolle, bei jedem Hotelaufenthalt oder durch Denunziation damit rechnen, verhaftet und dem Militär überstellt zu werden. Es ist ein Leben im Geheimen, das sie mit vielen anderen teilen. Insgesamt haben seit 1990 mehr als 1000 Militärdienstpflichtige in der Türkei ihre Kriegsdienstverweigerung erklärt. Die Türkei ist das einzig noch verbliebene Land des Europarates, das die Kriegsdienstverweigerung nicht anerkennt. Kriegsdienstverweigerer

sehen sich ein Leben lang der Strafverfolgung und einem Leben ohne bürgerliche Rechte ausgesetzt. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte nannte dies einen „Zivilen Tod“. Dies ist ein Beispiel für eine Politik der türkischen Regierung, die auf Kriegseinsätze setzt und über verschiedene Straftatbestände Kritik und Opposition scharf verfolgt. Auch Kriegsdienstverweigerer und ihre Unterstützer:innen sind von solchen Strafverfahren wegen „Distanzierung des Volkes vom Militär“ und wegen „Propaganda für terroristische Organisationen“ betroffen. Dennoch werden Kriegsdienstverweigerer, die aufgrund der Verfolgung im Herkunftsland in Deutschland Asyl suchen, in den Verfahren immer wieder abgelehnt.

Mit einer Aktion zum Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung am 15. Mai werden wir gemeinsam mit vielen anderen Gruppen und Organisationen weltweit für die Durchsetzung des Menschenrechts auf Kriegsdienstverweigerung in der Türkei und für ihren Schutz streiten. Wir rufen zu einer Aktion in Frankfurt am Main auf, um unsere Stimme für die Verweigerer in der Türkei zu erheben.

Nähere Informationen unter [www.dfg-vk-hessen.de](http://www.dfg-vk-hessen.de), [de.connection-ev.org/CO\\_Turkey](http://de.connection-ev.org/CO_Turkey)

Es laden ein: Connection e.V., Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) Hessen, DFG-VK Frankfurt, DFG-VK Offenbach

## Vor 80 Jahren: Deutschlands Überfall auf die Sowjetunion

2021 jährt sich zum 80. Mal der Überfall Nazi-Deutschlands auf die UdSSR. Dieser Teil des Zweiten Weltkriegs ist für sich genommen der größte militärische Konflikt der Weltgeschichte, hinsichtlich der Zahl der eingesetzten Truppen und der militärischen und zivilen Opferzahlen. Es war der „ungeheuerlichste Eroberungs-, Versklavungs- und Vernichtungskrieg, den die Geschichte kennt.“ (Nolte). 1939 bis 1941 starben im Zweiten Weltkrieg ungefähr 2 Millionen Menschen, danach mehr als 50 Millionen, darunter mehr als 27 Millionen Menschen aus der Sowjetunion.

Zwischen Ostsee und Schwarzem Meer waren schon in den Jahren zuvor Millionen Menschen durch Krieg, Massenmorde und Hunger umgekommen: im Ersten Weltkrieg, im russischen Bürgerkrieg, in den Kämpfen ums Baltikum und die Ukraine, im Polnisch-Sowjetischen Krieg von 1920, in der – in der Ukraine *Holodomor* genannten und als gelenkter Völkermord eingestuft – Hungersnot der 1930er und bei den stalinistischen Massenmorden.

### Hitler-Stalin-Pakt und Kriegsbeginn

Der Krieg gegen die UdSSR war in der rassistischen, antisemitischen und antikommunistischen Nazi-Ideologie schon von Anfang an angelegt. Osteuropa sollte Lebensraum fürs deutsche „Volk ohne Raum“ werden.

Umso überraschender kam im August 1939 der Molotow-Ribbentrop-Pakt (benannt nach den Außenministern) oder Hitler-Stalin-Pakt, angeblich nur ein Nichtangriffspakt. Doch im geheimen Zusatzprotokoll, dessen Existenz von der Sowjetunion bis zu ihrem Ende geleugnet wurde, wurde Osteuropa in eine deutsche und eine sowjetische Sphäre geteilt. Am 1. September überfiel das Großdeutsche Reich Polen und eroberte es in einem sogenannten Blitzkrieg. Am 17. September marschierten sowjetische Truppen in Ost-Polen ein, angeblich zum Schutz der dortigen weißrussischen und ukrainischen Bevölkerungsmehrheit. Deutschland praktizierte in Polen, was später im Krieg gegen die Sowjetunion ungeheure Dimensionen annahm: Ghettoisierung und Massenmord gegenüber der jüdischen Bevölkerung, gegenüber der polnischen Bevölkerung Deportation und Mord vor allem an den Eliten. Die baltischen Staaten mussten 1939 die Stationierung sowjetischer Truppen hinnehmen und wurden 1940 von der UdSSR annektiert. Rumänien musste Bessarabien und die Nord-Bukowina abtreten. Finnland widersetzte sich. Im Winterkrieg 1939/40 konnte die Rote Armee Finnland nicht erobern. Finnland musste wichtige Gebiete abtreten, blieb aber unabhängig.

Bis heute wird, von Putin z.B., der Hitler-Stalin-Pakt gerechtfertigt, weil es darum gegangen sei, Zeit und eine bessere Ausgangssituation für den kommenden Krieg gegen Nazi-

Deutschland zu gewinnen. Warum die Sowjetunion dafür Hunderttausende Polen ermordete, darunter ca. 4400 polnische Kriegsgefangene im Massaker von Katyn, Zehntausende Menschen aus dem Baltikum deportierte und versuchte, Finnland zu unterwerfen, wird damit nicht erklärt. Auch nicht, warum in Moskauer Bibliotheken Nazi-Publikationen antifaschistische Exil-Zeitschriften ersetzten und deutsche und österreichische Kommunisten an die Gestapo ausgeliefert wurden. Die Wehrmacht konnte Westeuropa erobern ohne eine Ostfront im Rücken. Die UdSSR lieferte für die Nazi-Kriegsmaschinerie Rohstoffe und Nahrungsmittel.

### Der angebliche Präventivkrieg

Die Nazis hatten das Ziel, Osteuropa zu erobern und die Sowjetherrschaft zu vernichten, nie aufzugeben. Der Überfall war bereits 1940 beschlossen und wurde mehrfach verschoben. Am 22. Juni 1941 griff die Wehrmacht die Sowjetunion ohne Kriegserklärung an, unterstützt von Truppen aus den verbündeten Staaten Slowakei, Ungarn, Rumänien, Italien und Kroatien. Finnland nutzte die Gelegenheit, seine gerade verlorenen Gebiete zurückzugewinnen. Antikommunistische Freiwillige kamen aus Spanien und aus den besetzten Ländern von Frankreich bis Norwegen.

Angeblich sollte es ein Präventivkrieg sein. Die Sowjetunion hielt langfristig Krieg mit kapitalistischen Mächten für unvermeidlich. Doch im Juni 1941 wurde sie vollkommen unvorbereitet überrascht. Stalin hatte die Rote Armee durch Massenverhaftungen von hohen Offizieren geschwächt. Im Vorjahr hatte sie noch nicht einmal Finnland erobern können. Warnungen hatte Stalin missachtet.

Die Wehrmacht eroberte in kürzester Zeit ein riesiges Gebiet von Leningrad bis zum Asowschen Meer und stand Ende 1941 nur 30 km vor Moskau. Die Rote Armee stoppte den Vormarsch. Die geplante schnelle Unterwerfung der Sowjetunion in einem Blitzkrieg war vereitelt. Der äußerst grausam geführte Krieg ging weiter. Mehr als eine Million Menschen starben im belagerten Leningrad. Mit der Offensive nach Südosten 1942 wollte die Wehrmacht die Ölfelder Aserbaidschans erobern und den über Iran und Wolga kommenden Nachschub der Westalliierten stoppen. Die vernichtende Niederlage der Wehrmacht 1943 in Stalingrad brachte die Wende. 1945 eroberte die Rote Armee Berlin.

### Vernichtungskrieg als Kreuzzug

Der von Hitler gewählte Name für den Krieg, *Unternehmen Barbarossa*, nach Kaiser Friedrich I., einem der Führer des 3. Kreuzzugs, war Programm. Der Angriffskrieg wurde als paneu-

ropäischer Kreuzzug zur Verteidigung des Abendlands gegen den Bolschewismus propagiert. Die Nazi-Propaganda hetzte zum ideologischen und rassistischen Vernichtungskrieg, in dem noch nicht einmal die ohnehin schon mörderischen Regeln des Kriegsvölkerrechts beachtet werden sollten.

Es war geplant, mindestens das Gebiet von Archangelsk am Polarmeer bis nach Astrachan am Kaspischen Meer zu erobern. Der Generalplan Ost sah die Kolonisierung des Raums durch ca. 10 Millionen Deutsche und Nordwesteuropäer vor. Dafür sollte die als „Untermenschen“ diffamierte ostslawische Bevölkerung mit Mord und Hunger ausgerottet oder versklavt werden. Rohstoffe und Nahrung wurden für die Nazi-Kriegsmaschinerie geraubt.

Diesen Vernichtungsdrang belegen Auszüge aus Befehlen und Anordnungen der Wehrmacht: *„Mitleid und Wehleidigkeit gegenüber der Bevölkerung ist völlig fehl am Platz.“* *„Die Truppe ist berechtigt und verpflichtet, in diesem Kampf ohne Einschränkung auch gegen Frauen und Kinder jedes Mittel anzuwenden, wenn es nur zum Erfolg führt. Rücksichten, gleich welcher Art, sind ein Verbrechen gegen das deutsche Volk ...“* *„Der Krieg gegen Rußland ist ein wesentlicher Abschnitt im Daseinskampf des deutschen Volkes. Es ist der alte Kampf der Germanen gegen das Slawentum, die Verteidigung europäischer Kultur gegen moskowitzisch-asiatische Überschwemmung, die Abwehr des jüdischen Bolschewismus. Dieser Kampf muß die Zertrümmerung des heutigen Rußland zum Ziele haben und deshalb mit unerhörter Härte geführt werden. Jede Kampfhandlung muß in Anlage und Durchführung von dem eisernen Willen zur erbarmungslosen, völligen Vernichtung des Feindes geleitet sein. Insbesondere gibt es keine Schonung für die Träger des heutigen russisch-bolschewistischen Systems.“* *„...hat der bolschewistische Soldat jeden Anspruch auf Behandlung als ehrenhafter Soldat und nach dem Genfer Abkommen verloren.“*

Drei Millionen sowjetische Kriegsgefangene, mehr als die Hälfte, starben in deutscher Gefangenschaft. Überlebende Rückkehrer schickte Stalin in Lagerhaft.

In Mitteleuropa waren mit der Slowakei und Kroatien faschistische Vasallenstaaten geschaffen worden. Willige Kollaborateure verwalteten das besetzte Westeuropa. Anders im Osten: Die Wehrmacht wurde anfangs vielerorts als Befreier von Stalins Terror begrüßt. Baltische und ukrainische Antikommunisten und Antisemiten hätten gern mit deutscher Hilfe eigene faschistische Staaten errichtet. Als ukrainische Faschisten acht Tage nach Einmarsch der Wehrmacht eine unabhängige Ukraine proklamierten, wurden sie verhaftet. Ihr Führer kam in ein KZ, allerdings als „Ehrenhäftling“. Ukrainer kämpften in der Wehrmacht und in der SS, ih-

ren Staat erhielten sie nicht. Baltikum und Ukraine waren als deutsches Siedlungsgebiet vorgesehen. Angehörige sowjetischer Ethnien wurden als Polizisten und Wachleute eingesetzt. Erst als Wehrmacht und SS auf dem Rückzug waren und riesige Verluste erlitten hatten, stellten sie estnische, lettische, kaukasische, kalmückische, zentralasiatische und russische Einheiten auf.

### Vernichtungskrieg und Schoah

In Polen und der westlichen Sowjetunion lebte der Großteil der jüdischen Bevölkerung Europas, der mit dem Unternehmen Barbarossa unter deutsche Kontrolle geriet. Schon in den ersten Wochen wurden mehr Juden und Jüdinnen ermordet als in den beiden Kriegsjahren zuvor. Sie mussten nicht nur den Antisemitismus der deutschen, rumänischen und anderen Invasoren fürchten, sondern auch Pogrome durch baltische, polnische und ukrainische Mörderbanden. Im besetzten Gebiet wüteten SS, Polizeibataillone, Einsatzgruppen, Wehrmacht und verbündete Truppen. Im Massaker von Babi Jar bei Kiew wurden 1941 mehr als 30 000 jüdische Männer, Frauen und Kinder abgeschlachtet. 1942 begann die systematische Ausrottung. Fünf Sechstel der Opfer der Schoah wurden im Kontext des Vernichtungskriegs im Osten ermordet.

Nach dem Krieg wurden die Nazi-Verbrechen SS, Gestapo und NSDAP angelastet. Die Wehrmacht habe nur ganz normal Krieg geführt. Sowohl Adenauer als auch Eisenhower gaben Ehrenerklärungen für die Wehrmachtsoldaten ab, die im Ost-West-Konflikt für den Aufbau der Bundeswehr und der Bundesrepublik Deutschland gebraucht wurden. Dort war die Lüge, es habe sich um einen Verteidigungskrieg gehandelt, noch jahrzehntelang herrschende Meinung und wurde besonders von Bundeswehroffizieren verbreitet.

### Exkurs: Affaire Schuwirth

Wie verbissen Kritik an der Wehrmacht verfolgt werden konnte, zeigt eine Geschichte aus der Anfangszeit des *Friedlichts*. 1979 sprach Generalmajor Schuwirth, der kommandierende General des Wehrbereichskommandos IV, an der Universität Mainz. Er rühmte sich einer Kriegsverletzung, die er als Wehrmachtsoffizier 50 km vor Moskau erhalten hatte. Auf die Frage eines Studenten, was er denn vom Überfall Nazi-Deutschlands auf die UdSSR hielte, antwortete Schuwirth, das sei ein „Verteidigungskrieg“ gewesen. Der Student nannte den Verbreiter dieser Nazi-Propagandalüge „Faschist“. Schuwirth klagte wegen Beleidigung (und beklagte auch, dass seine Generalmajors-Mütze zerfetzt vor dem Versammlungsraum lag). Über Monate hinweg versuchte die Staatsgewalt den Namen des Studenten zu ermitteln und bedrängte den bei der Veranstaltung anwesenden Historiker Georg Wild, den Namen preiszugeben. Er wur-

de mehrmals im Polizeipräsidium vernommen und mit Beugehaft bis zu 6 Monaten bedroht, blieb aber standhaft.

1981 wollte man den Schuldigen erkannt haben. Er sollte im Polizeipräsidium Schuwirth gegenübergestellt werden und erschien dort als Frau verkleidet. In ihrer rasenden Wut wollten ihn die Polizisten einer erkennungsdienstlichen Behandlung unterziehen. Er verweigerte die Mitwirkung und wurde hinter geschlossener Tür brutal misshandelt. Leute, die ihn begleitet



hatten und im Korridor warteten, wurden gewaltsam aus dem Polizeipräsidium gezerrt. Dem *Friedlicht*-Reporter erteilte die Polizei Hausverbot „in dieser Sache“. Über die Misshandlung gab es in Nr. 1 des *Friedlichts* eine Kurzmeldung, im *Regionalblatt für Mainz-Wiesbaden* (Nr. 33 19.2.1981) füllte die detaillierte Schilderung der Misshandlung („Folter im Polizeipräsidium“) eine ganze Zeitungsseite. Wie alle presserechtlich Verantwortlichen aller Medien, die über die Misshandlung berichteten, erhielt auch der des *Friedlichts* eine Vorladung zur Polizei. Dem Termin im Polizeipräsidium folgte keine weitere Repression gegen das *Friedlicht*.

1982 verkündete Schuwirth erneut in einer öffentlichen Veranstaltung in Mainz-Marienberg, dass er vor Moskau sein Vaterland verteidigt habe.

Der Vorwurf der Folter wurde mit einer Anklage wegen Verleumdung der Polizei beantwortet. 1983 kam es zum Prozess wegen der Vorwürfe der Beleidigung des Generalmajors und der Verleumdung der Polizei gekoppelt mit weiteren Anklagen wegen anderer politischer Aktivitäten, eindeutig in der Absicht, einen politisch missliebigen Menschen zu brechen. Die Aussagen der Polizisten zur Misshandlung im Polizeipräsidium erschienen offenbar selbst dem Richter zu peinlich und zu verlogen, um sie verwerten zu können, so dass er noch wäh-

rend des Prozesses das Verfahren im Punkt Verleumdung einstellte – gegen den Willen des Angeklagten.

Er wurde wegen fünf Vorwürfen zu einer Gesamtstrafe von neun Monaten verurteilt, davon entfielen auf die angebliche Beleidigung 60 Tagessätze. Im Sommer 1983 starb Schuwirth. In zweiter Instanz im Herbst 1983 wurde das Verfahren im Punkt Beleidigung des Generalmajors eingestellt – wieder gegen den Willen des Angeklagten.

### Lehren für heute?

Erst die Debatte um die Wehrmachtausstellung Mitte der 1990er Jahre brachte in Deutschland die Verbrechen der Wehrmacht und damit die Ungeheuerlichkeit des Kriegs im Osten ins allgemeine Bewusstsein. Wehrmachtsglorifizierung, früher normal, gilt heute als rechtsextrem. In Russland ist die Erinnerung an den Vernichtungskrieg sehr lebendig. Deutsche Panzer in Nähe der russischen Grenze können heute noch schrecklichste Assoziationen hervorrufen.

Die Sowjetunion mit Russland gleichzusetzen, das Gedenken aufs deutsch-russische Verhältnis zu verengen und nur das in Russland dominierende Narrativ wahrzunehmen, wäre unangebracht. Polen, das Baltikum, Weißrussland und die Ukraine waren besonders vom massenmörderischen Vernichtungskrieg betroffen und sogar zweimal deutsch besetzt, schon im 1. Weltkrieg. Polnische, baltische und ukrainische Deutungen der Geschichte können sich erheblich von der herrschenden Sicht in Russland unterscheiden.

80 Jahre nach dem Überfall Nazi-Deutschlands auf die Sowjetunion sind die westlich-russischen Beziehungen angesichts zahlreicher Streitthemen, geopolitischer Konkurrenz und ideologischer Gegensätze an einem Tiefpunkt angelangt. Es ist überlebenswichtig, diese Konfrontation und die Konflikte zwischen postsowjetischen Staaten nicht weiter eskalieren zu lassen und zu einem friedlichen kooperativen Verhältnis zu gelangen. Nötig sind Abrüstung sowie Rückkehr zum Völkerrecht, Abkehr von Nationalismus und Großmacht Konkurrenz.

Dass Krieg verhindert werden muss, ist ein Gebot der Vernunft. Die Erinnerung an den von Nazi-Deutschland geführten Vernichtungskrieg ist eine eindrückliche Mahnung.

Gernot Lennert

### Rüstungsexport: Podiumsdiskussion mit Bundestagsabgeordneten

Im Bundestagswahlkampf lädt die DFG-VK zu mehreren Podiumsdiskussionen zu friedenspolitischen Themen Bundestagsabgeordnete ein, die auf dem jeweiligen Politikfeld maßgeblich für die Position ihrer Fraktionen sind.

Die erste dieser Podiumsdiskussionen ist dem Thema Rüstungsexporte gewidmet.

Mittwoch, 26. Mai 2021, 19- 21.30 Uhr  
Präsenzveranstaltung & Online-Veranstaltung  
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt  
(U-Bahn Dom/Römer)

Es laden ein:

DFG-VK Frankfurt & Pax Christi Rhein-Main  
Genauere Informationen und Einwahldaten  
demnächst hier: [www.dfg-vk-hessen.de](http://www.dfg-vk-hessen.de)

## Nein zu militärischen und zivilen Zwangsdiensten!

### Zwangsmilitärdienst ist kein Mittel gegen Rechtsextremismus

2011 ist in Deutschland die sogenannte Wehrpflicht ausgesetzt worden. Jahrelang wünschten sich fast nur AfD, Teile der CDU und der Reservistenverband die Zwangsrekrutierung zurück. Seit 2018 häufen sich die Rufe nach Reaktivierung der sogenannten Wehrpflicht. Besondere Aufmerksamkeit bekamen die wiederholten Vorstöße von Kramp-Karrenbauer, inzwischen die für Krieg und Kriegsdienst zuständige Ministerin. Jetzt wird auch aus der SPD gefordert, Menschen wieder in die Bundeswehr zu zwingen: Von der neuen Wehrbeauftragten Eva Högl.

Zunächst: Warum sage ich sogenannte Wehrpflicht? **Wehrpflicht** und **Wehrdienst** und davon abgeleitete Begriffe suggerieren bezüglich des zwischenstaatlichen Verhältnisses, dass das Militär der Verteidigung diene. Allerdings kämpfen sogenannte **Wehrdienstleistende** auch in Angriffskriegen. Im Spannungsverhältnis zwischen Individuum und Staat ist der Begriff ebenfalls abwegig. **Wehrdienst** leisten gerade diejenigen, denen es nicht gelingt, sich erfolgreich gegen die Rekrutierung zum Militär zu wehren. Deshalb verwende ich diese sachlich unzutreffenden Propagandabegriffe nicht.

Doch zurück zur sogenannten Wehrbeauftragten Högl. Sie will mit unfreiwilligem Militärdienst den Rechtsextremismus in der Bundeswehr bekämpfen, in der Annahme, mutmaßlich demokratisch gesinnte einfache Soldaten könnten die politische Ausrichtung der Bundeswehr bestimmen.

Militär ist grundsätzlich strikt hierarchisch aufgebaut. Es funktioniert nach dem Prinzip von Befehl und Gehorsam. Offiziere und Berufssoldaten prägen das Militär, nicht die zwangsverpflichteten Befehlsempfänger. Anlass für die Forderung Högls war die Häufung rechtsextremer Vorfälle im Kommando Spezialkräfte. Doch gerade in solchen hochspezialisierten Einheiten würden auch bei Zwangsrekrutierung kaum unerfahrene Rekruten landen.

Högl hat offenbar nicht darüber nachgedacht, warum nicht nur die AfD, sondern Faschisten in aller Welt vehement dafür sind, zumindest möglichst alle Männer ins Militär zu zwingen. Es ist nicht nur die typisch faschistische Glorifizierung von Krieg, Gewalt, Waffen, Militär und Unterordnung. Faschisten wissen,

dass nicht einfache Soldaten das Militär ändern, sondern dass das Militär die ihm unterworfenen Menschen nicht nur dazu abrichtet, auf Befehl zu töten, sondern sie auch politisch indoktriniert. Das Militär soll die Schule der Nation sein. Gerade wenn das Militär von Rechtsextremen durchsetzt ist, ist es höchst absurd, genau diesen Faschisten Menschen auszuliefern.

Högls Idee, antifaschistische und demokratisch engagierte Personen in nennenswerter Zahl in die Bundeswehr zu bringen, könnte nur funktionieren, wenn das Recht auf Kriegsdienstverweigerung abgeschafft würde oder fast alle Antragsteller in der Gewissensprüfung abgelehnt würden. Denn sonst landen in der Bundeswehr nicht gerade engagierte Antifaschisten und Demokraten, sondern überdurchschnittlich viele Personen mit einem Hang zu militärischer Unterordnung und diejenigen, die zu gleichgültig und träge sind, um einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung zu stellen.

Wir wissen aus Erfahrung, dass Faschismus bestens funktioniert, wenn möglichst alle im Militär indoktriniert werden. Als die Nazis die Macht übernahmen, haben sie schnellstmöglich den Zwang zum Kriegsdienst wieder eingeführt. Auch als die Bundeswehr noch zwangsweise rekrutierte, gab es in dieser von Nazi-Generälen aufgebauten Armee Rechtsextremismus, auch unter sogenannten Wehrpflichtigen. Die heute als rechtsextrem geltende Verehrung der faschistischen und massenmörderischen Wehrmacht galt damals als normal. Die Geschichte rechter Militärputsche zeigt, dass sie oft von Armeen ausgehen, die beanspruchen, Hüter und Schule der Nation zu sein und über massenhaft zwangsverpflichtete Befehlsempfänger verfügen, egal ob in Lateinamerika oder Griechenland oder Thailand. Faschistische Angriffskriege wurden mit Zwangsverpflichteten geführt.

Der Zwang zum Militärdienst ist ein zutiefst totalitäres Konzept und Wesenselement des Faschismus. Er steht im Zentrum jeder faschistischen Ideologie. Rechtsextremismus zu bekämpfen, indem man eine rechtsextreme Kernforderung verwirklicht, ist nicht nur absurd, sondern extrem gefährlich.

Trotz aller Absurdität: Nehmen wir – ganz gegen die historische Erfahrung – für einen

ganz kurzen Moment an, dass an der Hypothese von Högl etwas dran sein könnte.

Jede Zwangsrekrutierung ist eine Menschenrechtsverletzung und ein Akt der Gewalt. Dazu gehören Freiheitsberaubung und Aufhebung der Rechte auf Leben und körperliche Unversehrtheit, aber auch entwürdigende Musterrungen, Gewissensprüfungen, juristische und politische Verfolgung von Verweigerung, Zerstörung von Lebens- und Berufswegen. In der Praxis führt Zwangsrekrutierung sehr häufig zu Verletzungen, Verstümmelungen, Traumata und letztendlich auch Tod.

Würde die Hypothese von Högl es rechtfertigen, auch nur einen einzigen Menschen mit Musterung und Gewissensprüfung zu quälen, ihn in einer Kaserne oder einem Gefängnis einzusperren oder letztendlich in den Tod zu schicken? **Ich sage: Eindeutig Nein!** Militärische und zivile Zwangsdienste dienen nicht nur dem Krieg. Sie sind auch eine gravierende Menschenrechtsverletzung.

Die Bundeswehr gebärdet sich als Verteidigungsarmee. Doch das war sie auch vor dem Kosovo-Krieg nie gewesen. Denn jede Armee, die Menschen zwangsrekrutiert, greift diese Menschen an und ist gegenüber ihnen eine Angriffsarmee.

Deshalb lehnen wir Zwangsdienste ab, aus friedenspolitischen und menschenrechtlichen Erwägungen.

- **Keine Zwangsdienste, weder militärisch noch zivil!**
- **Keine Reaktivierung der sogenannten Wehrpflicht! Stattdessen Abschaffung, nicht nur Aussetzung des Kriegsdienstzwangs!**
- **Für das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung!**
- **Solidarität mit Kriegsdienstverweigerern und Kriegsdienstverweigerinnen in aller Welt!**
- **Asyl für Kriegsdienstverweigerer und Kriegsdienstverweigerinnen, Deserteure und Deserteurinnen!**

*Rede von Gernot Lennert, Landesgeschäftsführer der DFG-VK Rheinland-Pfalz bei der Kundgebung am und zum Antikriegstag, 1. September 2020 in Mainz.*

## Vermächtnis, Gedenken und Mahnung, aufgeschrieben für alle, die nie einen Krieg erleben mussten

76 Jahre liegt das Ende der schrecklichsten menschengemachten Katastrophe in Europa zurück, und die sogenannte Erlebnisgeneration schwindet dahin. – Die Jungen kennen Kriege nur aus dem Fernsehen, da sind die Grausamkeiten weit weg, bedrohen andere, die Bilder können ausgeblendet und verdrängt werden. –

Mit Beispielen aus meiner Familie möchte ich erzählen, wie Kriege in allen Facetten und Spätfolgen sich auf ihr Dasein auswirkten und teilweise Existenzen vollkommen ruinierten. – Die Schicksale von Bewohnern aus Mitteldeutschland ähneln sicher Ereignissen und Tragödien, die sich an anderen Orten zutragen. Sie

sollten im Gedächtnis bleiben und Anlass geben, ein Umdenken einzuleiten, dass alle Kriege als unmoralisch und verbrecherisch anprangert, auch weil Kriege generationsübergreifend die Seelen der Opfer lebenslang schädigen.

Hermann, mein Großvater mütterlicherseits, wurde im 1. Weltkrieg bei Verdun so schwer

verwundet, dass er einen Herzschaden erlitt, an dem er mit 30 Jahren verstarb. Er hinterließ ein fünfjähriges Töchterchen, Charlotte, meine Mutter, die als Halbwaise bei den Großeltern aufwuchs, weil die Mutter, Gustchen, den Lebensunterhalt verdienen musste. – Charlotte wuchs in der Nazizeit heran, war der Indoktrination wie alle Jugendlichen massiv ausgesetzt. Geködert mit vielfältigen Freizeitangeboten, durfte sie von Erfurt ins Riesengebirge reisen und dort im Landjahr auf Bauernhöfen Tiere versorgen und bei der Ernte helfen. – Volkstänze wurden erlernt und Volkslieder gezielt missbraucht, um eine tapfere, kriegsbereite Jugend heranzuziehen, die jeden Morgen beim Fahnenappell auf Hitler eingeschworen wurde. – Aber Charlotte durchschaute die Strategie und erkannte das Ziel. Ich verdanke ihr einen großen Volksliederschatz, aber auch die Strophe aus einem Lied, das die Kinder zu Judenhass anstacheln sollte. „Köpfe rollen, Juden heulen, und SA marschier.“

Jedes Jahr durfte Charlotte vier Wochen mit anderen Waisenkindern an die Nordsee nach Amrum in ein Kinderheim reisen und lernte dort Ilse aus Mainz kennen, die, obwohl „Vierteljüdin“ im damaligen Jargon, merkwürdigerweise auch verreisen durfte.

Im Jahr 1939 heiratete Charlotte meinen über 20 Jahre älteren Vater Armin. Auch Ilse heiratete einen viel älteren Mann. – Die Jungen waren und blieben oft im Krieg, das Schicksal einer ganzen Männergeneration. – Armin, Pfarrersohn, arbeitete im Reichsnährstand bei Raiffeisen und versuchte lange den passiven Widerstand. Meine Taufe wurde heimlich vorgenommen, aber der Druck auf Armin verstärkte sich zunehmend. Um seine Position nicht zu verlieren, trat er schließlich kurz vor Kriegsbeginn in die NSDAP ein.

Meine erste Erinnerung an den Krieg sind Sirenengeheul, nächtliches Aus-dem-Schlafgerissen-und-in-den-Keller-geschleppt-Werden. Eine Nachbarin, die sich in ihrem Schrecken das Nachthemd vom Leib gezogen hatte und nackt in der Tür stand. – Nacht für Nacht Fliegeralarm, Zittern und Angst. – Eine unverständliche Abstumpfung, die langsam einsetzte. Man ging nicht mehr in den Schutzraum. „Es wird uns schon nicht treffen“, obwohl bereits in der Nähe ein Häuserblock verwüstet worden und viele Bewohner darunter verschüttet waren. – Deshalb zogen wir zu Verwandten aufs Land bei Weimar. Dort wohnten im Haus von Onkel Edgar, einem Bruder meines Vaters, bereits Evakuierte aus Saarbrücken. – Die Brüder meines Vaters betrieben eine kleine Holzfabrik, in

der Bienenwohnungen hergestellt wurden, in der etliche Dorfbewohner einen Job hatten. – Waren wir hier sicher vor Bomben? Es schien erst so. – Aber dann auf Spaziergängen durch die Felder nahten Tiefflieger, die auf uns schossen. Wir versteckten uns in Hausten (auf dem Feld zusammengebundene hohe Getreidehalme) und kamen davon. – An einem sonnigen Frühlingstag liefen wir Kinder allein aus dem Dorf, um Veilchen zu suchen. Plötzlich ertönte ein lautes Donnern, der Boden unter uns erbebt. Wir legten uns flach hin. Dann plötzlich Ruhe, vom Himmel stürzte ein Flugzeug. Ein großer Mann in einem glänzenden Anzug lief auf uns zu, nahm mich auf den Arm und ging mit uns Richtung Dorf, aus dem uns schon unsere besorgten Mütter entgegenkamen. – Dorfbewohner stellten den Mann an eine Mauer und bewachten ihn. Es war ein kanadischer Pilot, der wohl nach Buchenwald gebracht wurde. Jahrzehnte später fand ich dort einen Gedenkstein für abgeschossene Kanadier. Vermutlich hat er in Buchenwald sein Leben verloren.

Die Nacht, als die Amis unser Dorf erobern wollten, wird mir immer im Gedächtnis bleiben. – Schon mittags sahen wir Rauch im Nachbardorf aufsteigen, Höfe brannten. Die Amis waren da. – Betten wurden in den Keller gebracht, wir wollten die Nacht dort verbringen, weil man befürchtete, die Fabrik und das gelagerte Holz würden durch Beschuss in Flammen aufgehen, die dann aufs Wohnhaus übergreifen. Mit einem Rucksack lag ich in einem Gitterbett. Es krachte stundenlang und dumpfes Dröhnen rollender Panzer, die sich näherten, war zu hören. Als der Morgen graute, war nichts geschehen. Die Panzerinsassen hatten nicht gewagt, die hölzerne Ilmbrücke zu überrollen und stattdessen Ulrichshalben angegriffen und in Brand gesetzt. Eine Gruppe ganz junger Soldaten (vermutlich Hitlerjungen) hatten den aussichtslosen Versuch gewagt, das Dorf zu verteidigen. Alle fanden den Tod, lagen in den Straßen zur Abschreckung der Bevölkerung und durften nicht beerdigt werden. – So sah ich bereits mit fünf Jahren tote Menschen.

Wir kehrten nach Erfurt zurück. Unser Haus stand noch, nur das Dach war abgedeckt und Fenster zerbrochen durch den Luftdruck zerberstender Bomben. Auch bei uns wohnte in der Mansarde eine evakuierte Familie aus dem Saarland, und bald beschlagnahmten sowjetische Soldaten einen Teil unseres Hauses. (Die Amis hatten Thüringen verlassen.) Es waren freundliche Männer, die meiner Schwester Elke und mir Süßigkeiten schenkten. Charlotte musste ihre Uniformen sauber halten, dafür

brachten sie uns Essen mit. Es herrschte Hungersnot. Nur auf Lebensmittelmarken konnte das Nötigste gekauft werden. Das Brüderchen meiner Freundin verhungerte, weil keine Milch für das Baby da war. – Die Sowjetsoldaten in unserer Wohnung feierten Nacht für Nacht den Sieg über „Gitler“. Wodka floss in Strömen. Meine Eltern mussten mitfeiern und Armin auf dem Klavier Tänze spielen. Nach sieben Monaten zogen sie ab, und in der sowjetisch besetzten Zone etablierte sich ein Kommunismus in unedler, menschenverachtender Weise. – Die KZs wurden als „Speziallager“ für Nazis und andere Missliebige weitergeführt. Edgar wurde inhaftiert, die Fabrik enteignet. Acht Jahre verbrachte er ohne Gerichtsverhandlung in etlichen Speziallagern. Die Existenzgrundlage für die Großfamilie war vernichtet. Alle zogen in den Westen. – Auch Armin sollte ins Gefängnis. Zuerst musste er seinen Nachfolger bei Raiffeisen einarbeiten. Ein guter (kommunistischer) Freund riet ihm zur Flucht. – Charlotte wurde immer wieder von der Polizei abgeholt und aufgefordert, ihren Mann zur Rückkehr zu bewegen. – Ein Jahr später flüchtete sie mit uns Kindern nachts durch den Thüringer Wald. Am Morgen sahen wir, wie Amerikaner Flüchtlinge, die sie nachts gefangen hatten, den Sowjetsoldaten auslieferten. – Wir hatten Glück gehabt und fuhren in den Westerwald, wo Armin bei Raiffeisen wieder eine Stelle gefunden hatte. – Elke und ich verbrachten zwei Monate in einem Waisenhaus bei den „Armen Dienstmägden Jesu Christi“, weil meine Eltern nur ein einziges möbliertes Zimmer hatten. – Nach etlichen Umzügen landeten wir 1955 in Mainz, wo es ein Wiedersehen für Charlotte mit ihrer Freundin Ilse gab. 1959 durfte Oma Gustchen aus Erfurt zu uns ausreisen. Die DDR hatte eine Rentnerin weniger zu versorgen.

Dann das denkwürdige Jahr 1989, die Wiedervereinigung. Charlotte, Armin und Gustchen erlebten es nicht mehr. Wir reisten in meine alte Heimat, und einen Antrag auf Rückgabe unseres Elternhauses in Erfurt wurde gestellt. Nach viel Bürokratie, Schreibeereien und Zahlungen bekamen Elke und ich das Haus zurück. Vier Jahre lang kassierte eine unbekannte Behörde die Miete, ließ aber keine Renovierungen vornehmen. – Schweren Herzens verkauften wir unser Elternhaus an die Bewohner, weil wir jetzt hier verwurzelt waren. Aber der Kontakt zu ihnen und die Verbindung zu Thüringen werden immer bleiben.

Uta Binz



## Kritik am Militär ist kein Verbrechen!

„Ich gehe lieber ins Gefängnis als in den Bürgerkrieg“ (Ruslan Kotsaba, Ukraine)

Ні репресіям за критику мілітаризму!



Ruslan Kotsaba droht weiterhin Gefängnis wegen seiner pazifistischen Meinungsäußerungen.

[www.dfg-vk-hessen.de/aktuell/ruslan-kotsaba](http://www.dfg-vk-hessen.de/aktuell/ruslan-kotsaba)

## Internet

DFG-VK Mainz: [www.dfg-vk-mainz.de](http://www.dfg-vk-mainz.de)  
DFG-VK Hessen: [www.dfg-vk-hessen.de](http://www.dfg-vk-hessen.de)  
DFG-VK Rheinland-Pfalz: [www.dfg-vk-rlp.de](http://www.dfg-vk-rlp.de)  
[www.facebook.com/DFGVKRheinlandPfalzundHessen](https://www.facebook.com/DFGVKRheinlandPfalzundHessen)

DFG-VK bundesweit: [www.dfg-vk.de](http://www.dfg-vk.de)  
War Resisters' International: [www.wri-irg.org](http://www.wri-irg.org)

## Beratung

für ausländische Kriegsdienstverweigerer(-innen), Kriegsdienstflüchtlinge und Deserteure(-innen):

### Connection e.V.,

Von-Behring-Str. 110, 63075 Offenbach  
Tel. 069-82 37 55 34, Fax 069-82 37 55 35,  
[office@Connection-eV.de](mailto:office@Connection-eV.de)  
[www.Connection-eV.de](http://www.Connection-eV.de)

### Beratung für US-Militärangehörige GI Café & Military Counseling Network

[gi-cafe-germany@gmx.net](mailto:gi-cafe-germany@gmx.net)  
GI-Rights-Hotline Tel. 0151-56727550  
[theclarifyingbarrel.blogspot.com](http://theclarifyingbarrel.blogspot.com)  
[www.facebook.com/Military-Counseling-Network-eV-56046583423](https://www.facebook.com/Military-Counseling-Network-eV-56046583423)

### Radiosendung "Pazifissimus"

der DFG-VK Mainz-Wiesbaden läuft an jedem zweiten Mittwoch von 18 bis 19 Uhr (in ungeraden Kalenderwochen) im Rahmen des Programms von Radio Quer im

Wiesbadener Lokalradio auf 92,5 MHz.

Digitalradio: DAB+ Kanal 12C - im ersten und dritten Quartal,

übers Internet: [www.radio-rheinwelle.de](http://www.radio-rheinwelle.de)

### Frieden in Bewegung: die Wanderung für Abrüstung und Frieden

Friedenswanderung der *NaturFreunde Deutschland*: 30. April bis 4. Juli 2021 · von Hamburg bis zum Bodensee, für

- ... eine globale Abrüstung
- ... eine atomwaffenfreie Welt
- ... das Verbot von Rüstungsexporten
- ... eine neue Entspannungspolitik

Frieden in Bewegung durchwandert Hessen vom 28. Mai bis 8. Juni: Stationen sind u.a. Marburg, Gießen, Frankfurt, Egelsbach und Darmstadt. Die DFG-VK unterstützt die Friedenswanderung der *NaturFreunde* und beteiligt sich an Kundgebungen und Veranstaltungen entlang der Strecke. Details demnächst: [www.dfg-vk-hessen.de](http://www.dfg-vk-hessen.de)

Anmeldung für diejenigen, die eine oder mehrere Etappen mitwandern wollen: [www.frieden-in-bewegung.de](http://www.frieden-in-bewegung.de)

## Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Sektion der War Resisters' International (WRI)

### Kontaktadressen & regelmäßige Termine der DFG-VK im Bereich der Landesverbände Hessen und Rheinland-Pfalz

Landesverband Hessen, Landesverband Rheinland-Pfalz & DFG-VK Bildungswerk Hessen e.V.:

Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt.

Tel. 0 69/43 14 40

[www.dfg-vk-hessen.de](http://www.dfg-vk-hessen.de), [dfgvkessen@t-online.de](mailto:dfgvkessen@t-online.de)

Ahr-Rhein-Eifel: c/o Wolfgang Huste (Antiquariat Huste),  
Telegrafienstraße 16, 53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler.

Tel. 0 26 41/8 29 05 28, [whuste@aol.com](mailto:whuste@aol.com)

Aschaffenburg: (das liegt zwar in Bayern, zählt aber DFG-VK-mäßig zu Hessen) c/o Gunnar Schedel (Alibri Verlag),  
Hangstr. 3, 63768 Hösbach.

Tel.: 0 60 21/6 26 25 60, [verlag@alibri.de](http://verlag@alibri.de)

Bad Kreuznach: c/o Jürgen Locher, Sigismundstr. 12,  
55543 Bad Kreuznach. [juergenlocher@superkabel.de](mailto:juergenlocher@superkabel.de),  
Tel. 06 71/6 28 78

Darmstadt: c/o Michael Bauer, Gerhart-Hauptmann-Str.  
47, 64291 Darmstadt. [DFGVKDarmstadt@aol.com](mailto:DFGVKDarmstadt@aol.com),  
[www.dfg-vk-darmstadt.de](http://www.dfg-vk-darmstadt.de)

Gruppentreffen: dienstags 20.00 Uhr,

Bessunger Knabenschule, Ludwigshöhrstr. 42

Mitglied im Darmstädter Friedensbündnis, Treffen am 1. u.  
3. Montag im Monat, 19 Uhr, Halkevi, Luisenstr. 2

Frankfurt: Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt.

Tel. 0 69/4 98 03 94, [dfgvkffm@t-online.de](mailto:dfgvkffm@t-online.de)

Pazifistischer Ratschlag: unregelmäßig ca. einmal im  
Monat. Genaue Termine bitte erfragen. Kriegsdienstverweigerungsberatung nach Vereinbarung

Friedberg: c/o Bernd Baier, Hintergasse 27,  
61169 Friedberg. [dfgvk-friedberg@web.de](mailto:dfgvk-friedberg@web.de)

Kassel: Annastr. 11, 34119 Kassel.

Tel. 05 61-89 30 27, [kassel@dfg-vk.de](mailto:kassel@dfg-vk.de)

Lahn-Dill: c/o Martin Otto, Frankenstr. 77, 35578 Wetzlar.

Tel. 0 64 41/2 54 62, [mo-wz@gaaa.org](mailto:mo-wz@gaaa.org)

Mainz-Wiesbaden: c/o Bürogemeinschaft,

Walpodenstraße 10, 55116 Mainz.

Gruppentreffen: 1. Montag und 3. Donnerstag im Monat,

19.30 h, [dfgvkmz@web.de](mailto:dfgvkmz@web.de), [www.dfg-vk-mainz.de](http://www.dfg-vk-mainz.de)

Radiosendung: Pazifissimus - Mittwoch in ungeraden  
Kalenderwochen 18 bis 19 Uhr im Wiesbadener Lokalradio  
auf 92,5 MHz.

Marburg: Kontakt zur Gruppe bei Radio Unerhört  
Marburg, Rudolf-Bultmann-Straße 2b, 35039 Marburg je-  
weils 30 Minuten vor der Radiosendung. Radiosendung:  
KALASCHNIKOV - das Magazin für militanten  
Pazifismus. 1. und 3. Mittwoch im Monat 19 h bis 20 h bei  
Radio Unerhört Marburg UKW 90,1 MHz oder übers  
Internet: [www.radio-rum.de/blog/stream](http://www.radio-rum.de/blog/stream)  
Tel. 06421-217 83

Offenbach: c/o Franz Nadler, Riethgasse 4, 63075 Offen-  
bach. Tel. + Fax: 0 69/81 51 28,  
[office@Connection-eV.de](mailto:office@Connection-eV.de)

Pfalz: c/o Bettina Seckler, Künstlerkolonie 10,

67471 Elmstein. Tel. 0 63 28/98 99 07,

[dfg-vk-mittelpfalz@gmx.de](mailto:dfg-vk-mittelpfalz@gmx.de)

Trier: c/o Friedens- & Umweltzentrum, Pfützenstr.1,  
54290 Trier. Tel. 06 51/9 94 10 17, [buero@agf-trier.de](mailto:buero@agf-trier.de)

Westpfalz: [klawir@atomstromfrei.de](mailto:klawir@atomstromfrei.de)

Wiesbaden: siehe Gruppe Mainz-Wiesbaden

### Solidarität mit den Gefangenen für den Frieden!

Zum *Internationalen Tag der Gefangenen für den Frieden* am 1. Dezember, bittet die *War Resisters' International* (WRI, Internationale der KriegsdienstgegnerInnen) alljährlich seit 1956 um Solidarität mit Menschen, die weltweit wegen ihrer Kriegsdienstverweigerung oder ihres Engagements für Frieden inhaftiert sind. Ihre Namen und Gefängnisadressen werden in der *Liste der Gefangenen für den Frieden* veröffentlicht, die ständig aktualisiert wird: [www.wri-irg.org/node/4718](http://www.wri-irg.org/node/4718)

Die WRI ruft dazu auf, den Gefangenen Kartengrüße als Zeichen der Solidarität und der Ermutigung in die Haft zu schicken. Selbst wenn die Karten die Adressaten und Adressatinnen nicht erreichen sollten, machen sie deut-

lich, dass die Gefangenen nicht vergessen sind, was sich auf die Haftbedingungen günstig auswirken kann.

**Wir schreiben und verschicken die Karten mit netten Leuten, mit Live-Musik, Filmen und Bildern, Speis und Trank am Freitag, 3. Dezember 2021, 19 Uhr, Bürogemeinschaft, Walpodenstr. 10, Mainz.**

Pandemiebedingt konnten wir uns 2020 erstmals seit 1978 nicht persönlich zum Kartenschreiben treffen. Geschrieben haben wir die Karten aber trotzdem, sie von von Haushalt zu Haushalt weiterreichend. Wir hoffen, dass wir uns 2021 wieder wie gewohnt treffen können und keine andere Lösung finden müssen.

Die Links zu den Artikeln gibt es auch unter [www.dfg-vk-mainz.de/links/fl65](http://www.dfg-vk-mainz.de/links/fl65)

## Deutsche Friedensgesellschaft — Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen

### Gruppe Mainz-Wiesbaden



c/o Bürogemeinschaft, Walpodenstraße 10, 55116 Mainz  
Treffen am 1. Montag und 3. Donnerstag im Monat 19:30 Uhr  
Konto 4 006 161 741, GLS-Bank, BLZ 430 609 67  
IBAN: DE05 4306 0967 4006 1617 41, BIC: GENODEM1GLS

[dfgvkmz@web.de](mailto:dfgvkmz@web.de)

[www.dfg-vk-mainz.de](http://www.dfg-vk-mainz.de)

Informationen der DFG-VK sind oft erhältlich im Cardabela-Buchladen,  
Frauenlobstr. 40, Mainz

ViSdP: H. Gewehr, DFG-VK, Bürogemeinschaft, Walpodenstraße 10, Mainz - März 2021